

Stellungnahme zur Drucksache 17/149421 zur Anhörung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend des Landtages NRW am 09.12.2021 zum Antrag der SPD „NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln“ (Drucksache 17/14941)

Junge Menschen wissen selbst am besten, welche Themen ihnen wichtig sind. Daher können sie selbst ihre Meinung zu unterschiedlichsten Themen und vor allem zu jenen, die ihre eigene Lebenswelt betreffen, formulieren und adressieren. Sie sind die Experten für jugendbezogene Themen und sollten auch so anerkannt werden.

Unabhängig von Altersstufe und familiärem oder sozialem Hintergrund haben die meisten Jugendlichen bereits klare Zukunftsvorstellungen. Damit sie Wünsche umsetzen und die persönlichen Ziele erreichen können, möchten sie gehört und verbindlich in sie betreffende Entscheidungen einbezogen werden. Vor allem Jugendliche mit schwierigen Startbedingungen benötigen Hilfe, ihre Anliegen zu artikulieren, sowie Ansprache und Beteiligungsformen, die ihren Möglichkeiten entsprechen.

Junge Menschen müssen oftmals mit den Entscheidungen, die über ihre Köpfe hinweg getroffen werden, leben und „akzeptieren“ Bestenfalls oder besser: sie entscheiden selbst mit, was ihnen in Zukunft wichtig ist. Deshalb sollten sie auch in einem solchen Prozess, in diesem Fall der Antrag der SPD, von Anfang an mit einbezogen werden.

Deshalb brauchen wir mehr Strukturen, die aktive Teilhabe an der Gesellschaft fördern und gleichzeitig Möglichkeiten zur Meinungsäußerung durch unterschiedliche Formen bieten. Dabei ist aber zu achten, dass man keine Doppelstrukturen z.B. auf Landesebene entstehen lässt. Junge Menschen verstehen z.B. nicht, weshalb man mit dem 16. Lebensjahr zwar an der Kommunalwahl teilnehmen darf aber die Gemeindeordnung es nicht zulässt, dass sie in den kommunalen selbigen Ausschüssen z.B. als „sachkundiger Bürger: innen“ sich nicht beteiligen dürfen.

Kinder und Jugendliche wachsen in einer parlamentarischen Demokratie auf. Je mehr demokratische Erfahrungen sie machen, desto mehr lernen sie sich darin zurecht zu finden und die Zukunft mit demokratischen Werten in ihrem Umfeld zu leben. Je direkter sie an demokratischen Entscheidungen und Prozessen beteiligt sind, umso mehr interessieren sie sich in Zukunft, was mit ihrem Umfeld passiert. Deshalb muss es analog die kommunalen legitimierte Jugendparlamente und Jugendräten, ein solches gewählte legitimierte Gremium auch auf Landesebene geben. Denn dort können sie „eigenständig und „einmischend“ proaktiv sich für ihre Belange einsetzen und als Experten nicht mehr nur „angehört“ sondern wirklich „gehört“ werden. Politik darf aber auch nicht ein solches Gremium als „Konkurrent“ vs. der politischen Jugendorganisation sehen und verstehen, sondern auch als Chance junge Menschen an politische Teilhabe.

Schon ganz zu Beginn eines Partizipationsvorhabens kann die Entscheidung fallen, ob sich nachhaltiger Erfolg einstellen wird oder nicht. Ein entscheidender Faktor ist echte, gewollte und ganzheitliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – keine

Alibibeteiligung. Wer Jugendbeteiligungsvorhaben und bürgerschaftliches Engagement fördern und Selbstverwaltungsstrukturen erfolgreich aufbauen möchte, sollte seine Beteiligungsformate auf das Vorhaben und die Belange aller Beteiligten abstimmen. Ziel sollte es fraktionsübergreifend sein, die Reichweite solcher Maßnahmen zu vergrößern und Zielgruppen zu aktivieren, die sonst eher weniger eingebunden wären.

In vielen Veranstaltungen unter dem Format „Jugend trifft auf Politik“ unter Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten a.D. Dr. Thierse, stellen wir auf der kommunalen Fläche nachweislich fest, dass junge Menschen, die manchmal in der gesellschaftlichen Debatte oft gerne abgestempelt werden als „Politikverdrossen“ es gar nicht sind. Eher erlangt man das Gefühl das sie „Politikerinnen – Verdrossen“ sind, da sie zwar immer angehört aber nicht gehört werden. Wenn wir Jugendbeteiligung wirklich ernst nehmen, brauchen diese junge Menschen, ein legitimes Gremium und wie schon weiter oben benannt, keine „Alibiveranstaltung“.

Deshalb: Kinder und Jugendliche müssen an allen Angelegenheiten, die der Landtag von NRW beschließt und die für die Kinder und Jugendlichen wichtig sind, beteiligt werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die die Ebenen der Beteiligungspyramide in der Stadt Cottbus/Chósebuz hinweisen die ggf. in einem weiteren Prozess ein Beispiel sein könnte – das Thema in verschiedenen Phasen anzugehen und zu planen.



Abschließend möchte ich anregen, dass ich der Meinung bin, dass der Antrag hätte heißen müssen „Die Jugend von NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder – und Jugendpolitik entwickeln“ in der folgende maßgebliche Schwerpunkte wieder gefunden werden sollten:

- Förderung des gegenseitigen Verständnisses und des Erfahrungsaustausches zwischen „Berufspolitiker:innen“ und Jugend jederzeit sicherzustellen;
- Aktionen und Veranstaltungen im Bereich der Jugendpflege aufeinander abzustimmen oder derartige gemeinsame Veranstaltungen zu planen; durchzuführen oder zu unterstützen, die die Jugendarbeit zu fördern,
- Vertretung der Interessen der Kinder und Jugendlichen gegenüber Öffentlichkeit, Landtag und Landtagsverwaltung;
- ! Entgegenwirkung! jeglicher demokratiefeindlicheren Tendenzen,
- Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen, Abbau von Benachteiligungen und Förderung der Gleichstellung von Mädchen und Jungen;
- Erarbeitung von Vorschlägen und Forderungen zur finanziellen Förderung der Jugendbeteiligung und Mitwirkung bei der Vergabe;
- Entwicklung und Durchführung weiterer Initiativen und Aktivitäten, die für eine umfassende Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche geboten erscheinen.

Denn wenn nicht Politik, sondern Jugend vorgibt, wie sie sich ggf. beteiligen möchten, dann werden wir es schaffen auch auf Landesebene für Jugend, Demokratieförderung nachhaltig und krisenfest sicherzustellen.

gez. Dominik Pinsdorf

Ortsvorsteher Bornheim-Ort

Vorsitzender Stadtjugendring Bornheim e.V.

Projektleiter von „Jugend trifft auf Politik“ unter Schirmherrschaft des
Bundestagspräsidenten a.D. Dr. Wolfgang Thierse

Projektleiter von „Jugend trifft auf Blaulicht – Gemeinsam als Team“ unter
Schirmherrschaft des NRW-Innenminister Herbert Reul

Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Bornheim

Ehrenamtlicher Richter (Schöffe) Amtsgericht Bonn (Jugendstrafkammer)